

Fragenkatalog der DGB-Jugend zur Kommunalwahl 2026 in Regensburg

Vorbemerkung

Die DGB-Jugend Regensburg hat den Parteien und Wähler*innenvereinigungen, die in Regensburg zur Kommunalwahl antreten, **einen Fragenkatalog mit insgesamt 11 Fragen** mit der Bitte um Beantwortung übersandt. Es geht um für uns wichtige kommunalpolitische, aber auch andere für die Gewerkschaftsjugend wesentliche politische Themen.

Wir danken den Kandierenden für ihre Zeit, die Beschäftigung mit unseren Themen und die Beantwortung der Fragen. Wir dokumentieren die Antworten ungekürzt. Offensichtliche Tippfehler wurden berichtigt. Keine Antworten erhalten haben wir von den Freien Wählern, Brücke, FDP und CSB. Die AfD haben wir nicht angefragt.

Fragenkatalog

1. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur möglichen Abschaffung des 8-Stunden-Tages? 3
2. Wie sollte Ihrer Ansicht nach mit Diskriminierung am Arbeitsplatz umgegangen werden?
Welche kommunalpolitischen Maßnahmen halten Sie für sinnvoll? 6
3. Werden Sie sich für mehr Tariftreue in der Stadt einsetzen? Was halten Sie davon,
städtische Aufträge ausschließlich an tariftreue Unternehmen zu vergeben? 9
4. Welche Voraussetzungen sollten Ihrer Meinung nach für eine Übernahme
nach der Ausbildung gelten? 12
5. Wie hoch sollte der Mindestlohn Ihrer Meinung nach – und nach Auffassung Ihrer Partei – sein? 15
6. Werden Sie sich für kommunale Projekte zur Förderung von Teilhabe und Vielfalt einsetzen?
Haben Sie vor, Integration zu fördern? 18
7. Wie bewerten Sie die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen? 21
8. Viele junge Menschen haben Probleme eine Wohnung zu finden und hohe Mieten
drücken auf den Geldbeutel. Wie werden Sie sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzen? 23
9. Wie stehen Sie zur Forderung der DGB-Jugend nach einem Azubi-Wohnheim in Regensburg?
Werden Sie sich aktiv für solche soziale Wohnprojekte einsetzen? 27
10. Es ist wichtig Armut wirksam zu bekämpfen. Was wollen Sie hierzu unternehmen? 30
11. Die Mobilität der Zukunft muss sozial gerecht und ökologisch nachhaltig gestaltet sein. Werden
Sie sich für den Ausbau von Rad-, Fußwegen und dem ÖPNV engagieren? Und wie konkret? 34

1. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur möglichen Abschaffung des 8-Stunden-Tages?

CSU (Dr. Astrid Freudenstein)

Im aktuellen Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD steht wörtlich: „Die Arbeitswelt ist im Wandel. Beschäftigte und Unternehmen wünschen sich mehr Flexibilität. Deshalb wollen wir im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie die Möglichkeit einer wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit schaffen – auch und gerade im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zur konkreten Ausgestaltung werden wir einen Dialog mit den Sozialpartnern durchführen.“ Ich gehe davon aus, dass die Berliner Koalitionspartner, also auch meine Partei, den Koalitionsvertrag entsprechend abarbeiten werden.

GRÜNE (Dr. Helene Sigloch)

Deutschland muss etwas gegen die aktuelle Wirtschaftskrise tun, das ist klar. Vorschläge wie die Abschaffung des 8-Stunden-Tages oder des Rechts auf Teilzeit bringen uns allerdings nicht weiter. Das ist meine Meinung und auch die grüne Bundestagsfraktion hat sich so geäußert. Statt die Last einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten abzuladen, sollte die Bundesregierung an echten Lösungen arbeiten: Zum Beispiel, wie sich Beruf besser mit Familie oder Pflege vereinbaren lassen kann.

SPD (Dr. Thomas Burger)

Die SPD lehnt eine Aufweichung des 8-Stunden-Tags entschieden ab. Der 8-Stunden-Tag ist eine historische Errungenschaft der Arbeiterbewegung und Grundpfeiler des Arbeitsschutzes. Gute Arbeit bedeutet faire Arbeitszeiten.

ÖDP (Benedikt Suttner)

Wir sehen das sehr kritisch. Das Arbeitszeitgesetz hat sich über Jahrzehnte zum Schutz der Arbeitnehmer*innen entwickelt und sieht ausreichende Pausen vor. Die demographische Entwicklung wird eher dazu führen, dass wir alle länger erwerbstätig sein müssen. Dafür ist es besonders wichtig, dass Arbeitnehmer*innen gesund bleiben. Wenn ich keine ausreichenden Pausen mache, ist das wie mit einem Akku, der nie ausreichend geladen wird. Der hält nämlich dann auch nicht so lange durch. Ich finde, anhand dieses Beispiels erklärt sich der Sinn von nicht zu langen Arbeitstagen ohne zusätzlicher Worte.

DIE LINKE (Sebastian Wanner)

Der 8-Stunden-Tag ist eine Errungenschaft der Arbeiter*innenbewegung. Ein Angriff darauf ist ein Angriff auf die Menschen, die das Land jeden Tag am Laufen halten. Die Abschaffung würde zu einer weiteren Belastung der Arbeitnehmer*innen führen und ist abzulehnen! Es braucht eine Arbeitszeitverkürzung, ein Ende unbezahlter Überstunden und höhere Löhne statt solcher Debatten auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen. In Zeiten von Rekordüberstunden über diese Maßnahme zu sprechen, ist blanker Hohn.

DIE PARTEI (Ingo Frank)

Grundlegend ist meine PARTEI geschlossen dagegen, doch wo meine Partei Die PARTEI auf eine Erweiterung des Arbeitstages auf mindestens 10 bis 12 Stunden plädiert um dann besser rechtfertigen zu können warum man auf ein Fax wartet. Sowie dem günstigen Nebeneffekt, dass die Leute weniger zu Hause sind, dort gibt es ja bekanntlich die meiste häusliche Gewalt und dort wird auch am häufigsten gestorben.

Ich bin da eher skeptisch und denke ein 5-6 Stunden Arbeitstag sollte ausreichend sein, man hat ja am Tag auch noch was anderes zu tun, als zu arbeiten und ich rede hier nicht von Gewalt und Sterben.

RIBISL (Jakob Friedl)

Die Stadt sollte sich als Arbeitgeber an die Forderungen der Gewerkschaften halten.

VOLT (Wahlprogramm-Team)

Die Einführung einer 35-Stunden-Woche stärkt die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, erhöht die Arbeitgeberattraktivität und unterstützt langfristig die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten. Gleichzeitig stehen wir zur Tarifautonomie in Deutschland. Eine Ausweitung der Wochenarbeitszeit halten wir unter den derzeitigen Arbeitsmarktbedingungen für nicht zielführend.

ZUKUNFT (Alexander Ammelounx)

Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit wird auf Bundesebene geregelt. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Regensburg verlässliche und zugleich flexible, praxistaugliche Arbeitszeitmodelle anbietet. Betriebe und Verwaltung benötigen praxisnahe, flexible Lösungen, die Ausbildung, Familie und Arbeitsalltag gut vereinbar machen.

2. Wie sollte Ihrer Ansicht nach mit Diskriminierung am Arbeitsplatz umgegangen werden? Welche kommunalpolitischen Maßnahmen halten Sie für sinnvoll?

CSU

Ich verweise auf die bereits vorhandenen Strukturen in der Stadtverwaltung:
<https://www.regensburg.de/rathaus/aemteruebersicht/direktorium-1/db-1-direktorialbereich/buero-fuer-chancengleichheit>.

GRÜNE

Diskriminierung am Arbeitsplatz ist ein großes Problem, das wir aktiv bekämpfen müssen. Das betrifft insbesondere die Stadt als Arbeitgeberin.

- Die Stadt soll Vorbild sein und Vielfalt in der Verwaltung fördern.
- Gemeinsam mit dem Integrationsbeirat soll die Stadt Konzepte zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung entwickeln.
- Ich will mehr Frauen in Führungspositionen bringen. Um das zu schaffen, möchte ich einerseits darauf achten, dass Frauen die dafür nötigen Schulungen angeboten werden und andererseits das Konzept "Führen in Teilzeit" stärker unterstützen.

SPD

Die Vermeidung von Diskriminierung am Arbeitsplatz ist hinsichtlich der Zuständigkeit vor allem ein bundespolitisches Thema, bei dem es klare gesetzliche Regelungen braucht. Als Oberbürgermeister werde ich aber im Rahmen meiner Gestaltungsmöglichkeiten klar, sichtbar und konsequent für ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld in der Stadtverwaltung und bei allen städtischen Tochterunternehmen eintreten. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit – nicht nur auf dem Papier, sondern als gelebte Praxis. Für den Fall, dass es dennoch zu diskriminierenden Vorfällen kommen sollte, werde ich eine persönliche Einbindung von mir

als Oberbürgermeister im Rahmen der Ergreifung von Gegenmaßnahmen veranlassen.

In unserem Wahlprogramm haben wir uns klar zu Gleichstellung, Inklusion und Vielfalt bekannt. Wir fördern gezielt Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen, zur Bekämpfung von Diskriminierung in allen Lebensbereichen und setzen auf eine konsequente Gleichstellungspolitik bei städtischer Auftragsvergabe.

ÖDP

Der Arbeitsplatz ist ein umschriebenes Umfeld, da kann viel besser gegen Diskriminierung vorgegangen werden als in einem freieren Setting. Grundsätzlich gibt es ja schon viele gesetzliche Grundlagen gegen jegliche Diskriminierung.

Die Kommune kann darüber hinaus im Schulterschluss mit den Arbeitgeber*innen für das Thema sensibilisieren und bei der Umsetzung behilflich sein, z. B. über Beratungsangebote. Außerdem ist die Stadt ja selbst Arbeitgeberin und kann mit gutem Beispiel vorangehen.

DIE LINKE

Diskriminierung darf nicht geduldet werden. Als Linke fordern wir ein kostenloses, niedrigschwelliges und mehrsprachiges arbeitsrechtliches Beratungsangebot der Stadt für Beschäftigte. Viele Arbeitnehmer*innen kennen ihre Rechte nicht oder haben nicht die finanziellen und zeitlichen Mittel, um sie durchzusetzen. Das wollen wir dadurch ändern. Die Unterstützung und der Ausbau von Angeboten wie „Faire Mobilität“ muss außerdem städtische Aufgabe werden.

DIE PARTEI

Sollte weitestgehend ignoriert werden, damit es nicht zum Trend wird sich gemobbt oder diskriminiert zu fühlen, das würde dem Wirtschaftswachstum schaden und viel Kosten durch Krankengeld und -tage, sowie Therapien etc...

Oder man schafft die Diskriminierung am Arbeitsplatz einfach ab, das ginge natürlich auch.

RIBISL

Melden. unabhängige Ombudsstelle, Mediation, Supervision, Fortbildungen zum Thema.

VOLT

Diskriminierung am Arbeitsplatz ist ein schwerwiegendes Problem. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung von entsprechenden Ombudsstellen und die Sensibilisierung von Betriebsräten für dieses Thema ein.

ZUKUNFT

Wir unterstützen kommunale Beratungs- und Anlaufstellen, Präventionsarbeit sowie klare Standards in städtischen Einrichtungen und bei städtischen Beteiligungen. Aufklärung, Sensibilisierung und eine klare Haltung der Stadt als Arbeitgeberin sind entscheidend, damit Regensburg ein fairer und respektvoller Arbeitsort bleibt.

3. Werden Sie sich für mehr Tariftreue in der Stadt einsetzen? Was halten Sie davon, städtische Aufträge ausschließlich an tariftreue Unternehmen zu vergeben?

CSU

Tariftreue ist bei Vergabeverfahren der Stadt Regensburg nach meinen Informationen bereits ein Kriterium.

GRÜNE

Ja, auf jeden Fall! Bei der Vergabe städtischer Aufträge sollen Unternehmen bevorzugt werden, die:

- Tarifverträge einhalten und faire Löhne zahlen,
- Betriebliche Mitbestimmung gewährleisten,
- Nachhaltig und regional wirtschaften.

Gute Arbeit braucht faire Bezahlung. Die Stadt hat als große Auftraggeberin eine Vorbildfunktion und kann durch ihre Vergabep Praxis Standards setzen. Wer von öffentlichen Geldern profitiert, soll auch soziale Verantwortung übernehmen und anständige Arbeitsbedingungen garantieren.

SPD

Ja, absolut. In unserem Wahlprogramm steht klar: Wir nutzen alle gesetzlichen Möglichkeiten zur Tariftreuebindung voll aus und setzen uns in den entsprechenden Gremien wie dem Städtetag für weiterreichende Grundlagen ein. Wir haben bereits in dieser Stadtratsperiode die Tariftreue in die Vergaberichtlinien aufgenommen: ich werde dieses Thema konsequent weiterverfolgen.

Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen ist ein Gebot der Fairness – gegenüber den Beschäftigten und gegenüber den Unternehmen, die gute Arbeitsbedingungen

bieten. Als SPD setzen wir auch künftig auf eine enge Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften, um gemeinsam gute Arbeitsbedingungen und Perspektiven für unsere Region weiterzuentwickeln.

ÖDP

Das haben wir schon immer gefordert. Außerdem stimmen wir bei Sitzungsvorlagen, bei denen städtische Dienstleistungen, vor allem im Niedriglohnsektor (Reinigung...) vergeben werden, grundsätzlich dagegen. Die Stadt hat die Tariftreue am besten unter Kontrolle, wenn sie die Arbeitnehmer*innen selbst anstellt.

DIE LINKE

Ich setze mich dafür ein, dass Aufträge nur an Firmen mit Tarif vergeben werden. Außerdem soll es ein städtisches Tarif-Register geben, damit dies durch alle Interessierten nachgeprüft werden kann. Auf meine Anfrage zur Tarifbindung in der Stadt Regensburg und der Tariftreue bei Vergabe konnte mir die Stadt zuletzt leider keine Zahlen nennen. Das muss sich ändern.

Aktionspläne zur Tarifbindung und die Einführung eines kommunalen Programms und einer kommunalen Beratungsstelle gegen Union Busting – alles in Absprache und Einbindung der Gewerkschaften – sind mir ebenfalls wichtig.

DIE PARTEI

Ja, Tariftreue ist mir wichtig! Finde ich sehr gut!

RIBISL

Die Stadt soll tariflich zahlen, den 8-Stunden-Tag beibehalten und Arbeiten wie den Gebäudeservice mit eigenen Angestellten erledigen und nicht an Firmen weitergeben und wenn, dann nur an tariftreue Firmen.

VOLT

Wir fordern die Vergabe öffentlicher Aufträge nach klaren und transparenten Kriterien. Dabei orientieren wir uns an dem Tariftreuegesetz des Bundes. Die Berücksichtigung von Tarif- und Arbeitsstandards sind für uns bindend.

ZUKUNFT

Wir befürworten, städtische Aufträge an faire Arbeitsbedingungen zu koppeln. Tariftreue stärkt Unternehmen und schützt Beschäftigte. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass Vergabeverfahren praktikabel bleiben und insbesondere kleinere und mittelständische Betriebe nicht durch unnötige Bürokratie benachteiligt werden.

4. Welche Voraussetzungen sollten Ihrer Meinung nach für eine Übernahme nach der Ausbildung gelten?

CSU

Voraussetzung für eine Übernahme sollte sein, dass es Stellen und geeignete Personen gibt, die ihre Ausbildung erfolgreich absolviert haben.

GRÜNE

Gute Arbeit braucht gute Bedingungen. Dazu gehören Tariftreue, betriebliche Mitbestimmung und faire Übernahmechancen. Auszubildende der Stadt Regensburg sollen in der Regel übernommen werden.

SPD

Eine gute Ausbildung endet nicht mit dem Abschlusszeugnis – sie muss eine echte Perspektive bieten. In unserem Programm steht deshalb klar: Bei Stadt und Tochterunternehmen gibt es keine sachgrundlosen Befristungen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Darüber hinaus werde ich dafür sorgen, dass eine Ausbildung bei der Stadt Regensburg und ihren Tochterunternehmen attraktiv ist – mit fairen Bedingungen, guter Betreuung und verlässlichen Perspektiven. Junge Menschen verdienen Planungssicherheit.

ÖDP

Grundsätzlich muss natürlich ein Arbeitsplatz vorhanden sein, der/die Beschäftigte muss natürlich auch das nötige "Handwerkszeug" erlernt haben, die Tätigkeit auszuüben. dann steht einer Übernahme nichts im Wege. Unnötige Verunsicherung von Beschäftigten ist dagegen eine Unsitte, grundsätzlich sollten alle, deren

Vertrag eine Befristung enthält, immer so früh wie möglich eine Perspektive aufgezeigt bekommen. Jede/r Arbeitnehmer*in hat einen wertschätzenden Umgang auf Augenhöhe verdient.

DIE LINKE

Es soll eine unbefristete Übernahmegarantie geben, die ohne Nachteile seitens der Auszubildenden aufgekündigt werden kann, seitens der Betriebe nur unter sehr scharfen Auflagen und unter Kontrolle einer unabhängigen Instanz. Das ist natürlich nicht auf der kommunalen Ebene zu lösen, aber eine gesamtpolitische Aufgabe.

DIE PARTEI

Auszubildende sollten nach dem erfolgreichen Bestehen ihrer Ausbildung erst einmal ein Jahr ins Ausland geschickt werden, wo sie nochmal über den Beruf, sich und ihren zukünftigen Werdegang nachdenken sollten. Eventuell erscheint dann ein Barkeeper Job doch interessanter.

RIBISL

Darüber wollte ich mit Euch reden. Sagt es mir!

VOLT

In die Personalpolitik von privatwirtschaftlichen Unternehmen mischen wir uns nicht ein. Wir begrüßen es jedoch ausdrücklich, wenn Auszubildende nach Abschluss ihrer Ausbildung im Betrieb verbleiben können.

ZUKUNFT

Gerade bei städtischen Betrieben und Beteiligungen wollen wir uns für verbindliche Perspektiven nach erfolgreichem Abschluss einsetzen. Gute Ausbildung muss

auch echte Chancen auf Übernahme und berufliche Entwicklung in Regensburg bieten. Als ich mein Praxissemester in der Ausbildungsabteilung eines Regensburger Konzerns absolvierte, habe ich Übernahmen begleitet und darin einen wichtigen Schritt für die Sicherung von Arbeitsplätzen miterlebt.

5. Wie hoch sollte der Mindestlohn Ihrer Meinung nach – und nach Auffassung Ihrer Partei – sein?

CSU

Nachdem das Bundeskabinett am 29.10.2025 die schrittweise Mindestlohn-Erhö-
hung auf 14,60 Euro bis 2027 beschlossen hatte, erklärte der arbeitsmarkt- und
sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marc Biadacz: "Mit
der Erhöhung des Mindestlohns in zwei Stufen auf 13,90 EUR zum 1. Januar 2026
und weiter auf 14,60 EUR zum 1. Januar 2027 hat die Mindestlohnkommission
eine ausgewogene Entscheidung getroffen – und zwar einvernehmlich. Die Sozial-
partner haben damit bewiesen, dass sie auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten
verantwortungsbewusst handeln. Für etwa sechs Millionen Menschen bedeutet
die Erhöhung des Mindestlohns eine erhebliche finanzielle Verbesserung. Das ist
verdient. Und es zeigt: Wir brauchen auch künftig keinen politischen Mindest-
lohn." Dem schließe ich mich an.

GRÜNE

Ich finde wichtig, dass der Mindestlohn zum Leben reichen muss. Die Bundestags-
fraktion der Grünen forderte im Juni 2025 einen Mindestlohn von 15€: [Für einen
Mindestlohn, der zum Leben reicht | Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen](#).
Die Stadt Regensburg hat auf die Höhe des Mindestlohns keinen Einfluss. Sie kann
aber auf Tariftreue achten, wenn sie selbst Aufträge vergibt.

SPD

Die SPD auf Bundesebene fordert derzeit einen Mindestlohn von 15 Euro pro
Stunde. Diese Forderung unterstütze ich voll und ganz. Wer Vollzeit arbeitet, muss
davon leben können – das ist nicht nur eine Frage der Würde, sondern insbeson-
dere auch der sozialen Gerechtigkeit.

ÖDP

Der Mindestlohn muss immer deutlich über der sozialen Existenzsicherung liegen. Wertschätzung von Arbeit wird eben auch immer über den Lohn ausgedrückt. Ein angemessener Lohn ist sinnstiftend und macht zufrieden – das bekommt die Gesellschaft positiv rückgespiegelt und das ist auch eine Maßnahme gegen politische Extrempositionen.

DIE LINKE

Der Mindestlohn soll auf 15 Euro steigen und dann jährlich automatisch in Höhe der Inflation erhöht werden. Er muss immer armutsfest sein. Als Arbeitsvermittler, der täglich mit arbeitslosen Menschen zusammenarbeitet, gehe ich jedoch weiter. Ja, der Mindestlohn ist ein Auffangnetz, dass es geben soll, grundsätzlich müssen aber Tarifverträge ausgeweitet werden, denn sie führen oft zu höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen. Neben einer Erhöhung des Mindestlohns ist mir vor allem die Abschaffung der Leiharbeit sehr wichtig, der Umgang mit vielen Arbeitnehmer*innen ist hier in meinen Augen furchtbar und eine reine Ausbeutung.

DIE PARTEI

Der Mindestlohn sollte hoch genug sein, dass man sich davon mindestens eine warme Mahlzeit UND Streaming leisten kann. 30 Geld wären aus meiner Sicht angemessen als festgesetzter Mindestlohn.

Im Pflegebereich muss natürlich auf Provisionsbasis umgestellt werden damit effiziente Pflegekräfte nicht auf Kosten ihrer Kollegen arbeiten müssen.

RIBISL

Ich persönlich arbeite wesentlich mehr als 8 Stunden / Tag und ich bekomme dafür auch nicht einmal annähernd einen Mindestlohn – aber das ist meine persönliche Entscheidung. Als Künstler war es noch viel schlimmer! Der Mindestlohn sollte genau so hoch sein, wie von der Gewerkschaft vorgeschlagen. Bullshitjobs kosten

uns viel Geld, das Problem liegt hier jedoch nicht an der Arbeitszeit oder der Bezahlung, sondern an einem Betriebsklima und Rahmenbedingungen, in denen Initiative, Ideenreichtum und Engagement u.U. lästig sind.

VOLT

Als Partei setzen wir uns für einen flexiblen Mindestlohn ein, der 60 % des Medianbruttolohns beträgt. Damit sorgen wir für eine faire Entlohnung und machen uns nicht länger von externen Kommissionen abhängig.

ZUKUNFT

Die Höhe des Mindestlohns wird auf Bundesebene festgelegt. Kommunal ist für uns entscheidend, dass die Stadt Regensburg und ihre Tochterunternehmen fair bezahlen und als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorangehen.

6. Werden Sie sich für kommunale Projekte zur Förderung von Teilhabe und Vielfalt einsetzen? Haben Sie vor, Integration zu fördern?

CSU

Ich habe als Bürgermeisterin in den vergangenen sechs Jahren mehrere Projekte zur Förderung von Teilhabe und Vielfalt sowie zur Integration gefördert: z.B. Halle 37, InVia-Cafe Ellen und Verena, Erweiterung des Stadtpasses, Aktiv-Karte, Unterstützung Fußballtreff, verbesserte Sportförderung für Inklusions- und Integrationsprojekte.

GRÜNE

Teilhabe, Vielfalt und Integration finde ich sehr wichtig. Die Stadt hat die zentrale Aufgabe, ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt zu ermöglichen. Im Wahlprogramm der Regensburger GRÜNEN stehen dafür folgende konkrete Projekte:

Fachstelle für Demokratie: Wir wollen eine zentrale Fachstelle einrichten, die sich der Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit widmet – also Rassismus, Antisemitismus, Frauen- und LGBTQIA*-Feindlichkeit sowie Feindlichkeit gegen Menschen mit Behinderungen. Diese Fachstelle soll Beratung und Fortbildungen für Stadtverwaltung, Bildungseinrichtungen und interessierte Bürger*innen anbieten.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung: Gemeinsam mit dem Integrationsbeirat entwickeln wir Konzepte, damit die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft sich auch in der Stadtverwaltung widerspiegelt. Stellenausschreibungen sollen explizit die Förderung von Vielfalt betonen.

Integrationskurse verbessern: Wir weiten das Angebot an Integrationskursen aus und verbessern deren Organisation, damit eingewanderte und geflüchtete Menschen schneller an Gesellschaft und Arbeitsmarkt teilhaben können.

Begegnungsräume schaffen: Wir fördern soziale und interkulturelle Begegnungsräume und unterstützen Angebote von Migrant*innen für Migrant*innen dauerhaft.

SPD

Als Antwort auf beide Fragen ein klares Ja. Regensburg ist eine Stadt, die von ihrer Vielfalt lebt und profitiert. In unserem Wahlprogramm bekennen wir uns klar zu einer Willkommenskultur für Zugewanderte und Geflüchtete. Integration spielt dabei eine wichtige Rolle, und wir wollen diese in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Sea Eye, Space Eye oder Campus Asyl weiter positiv entwickeln.

Wir fördern kommunale Projekte zur Teilhabe und Vielfalt, unterstützen Maßnahmen für einen inklusiven Arbeitsmarkt und setzen uns für Gleichstellung in allen Lebensbereichen ein. Städtische Beschäftigte, die für diese Bereiche arbeiten, bekommen von mir klaren Rückhalt. Vielfalt ist für uns keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung.

ÖDP

Ja, ich unterrichte selbst an einer Grundschule mit hohem Anteil an Kindern mit unterschiedlicher Herkunft, außerdem hat die Schule ein Inklusionsprofil. Ich weiß daher gut, wie wichtig und bereichernd es für uns alle ist, voneinander zu lernen und die Gesellschaft miteinander zu entwickeln. Bildung ist ein zentraler Schlüssel dafür. Daher liegt mir die Förderung aller Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, besonders am Herzen. Jedes Kind hat die gleichen (Bildungs-) Chancen verdient.

DIE LINKE

Ja, ich werde mich für solche kommunalen Projekte einsetzen. Ich will versuchen, Integrationskurse auszubauen, gemeinsame Kulturräume in allen Stadtteilen schaffen und Schulungen in interkultureller Kompetenz und Anti-Rassismus-

Trainings für Behördenmitarbeiter*innen einführen. Die Menschen sollen auch nicht im AnKER-Zentrum kaserniert werden, sondern normal in der Stadt leben – wie du und ich. Denn sie sind wie du und ich.

Für Menschen mit Beeinträchtigung möchte ich versuchen, Methoden wie das Job Carving auszubauen. Das ist die gezielte Gestaltung von Stellen nach den Bedürfnissen von Menschen mit Beeinträchtigung, indem Aufgaben z. B. gebündelt und neu geordnet werden.

DIE PARTEI

Ja, mein Leuchtturmprojekt Frank-Tower wird alle integrieren. Die Einen dürfen es bauen, die anderen bezahlen, die Dritten es nutzen und die vierten finanziell profitieren.

RIBISL

Ja, das mache ich jeden Tag!

VOLT

Als paneuropäische Partei steht Volt wie keine andere Partei für Teilhabe und Vielfalt. Wir setzen uns für Barrierefreiheit, Diversität und Inklusion ein. Integration fördern wir durch dezentrale Unterbringung, Dolmetschbüros und Sprachkurse.

ZUKUNFT

Wir unterstützen kommunale Projekte in den Bereichen Jugend, Bildung, Quartiersarbeit, Kultur und Sport, die Teilhabe konkret vor Ort ermöglichen. Integration gelingt dort, wo Begegnung, Beratung und niedrigschwellige Angebote dauerhaft gesichert sind.

7. Wie bewerten Sie die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen?

CSU

Die Stadt Regensburg hat die Bezahlkarte zum 1. Juli 2024 eingeführt. Es handelt sich um einen normalen Teil des Verwaltungshandelns. Informationen dazu sind auf der städtischen Homepage zu finden: <https://www.regensburg.de/buer-gerservice/dienstleistungen/28011/leistungen-fuer-asylbewerber.html>

GRÜNE

Die Bezahlkarte, wie wir sie aktuell in Bayern haben, halte ich für reine Schikane. Das Problem liegt dabei nicht beim System "Karte" an sich, sondern bei der Bargeldgrenze.

SPD

Ich sehe bei der Bezahlkarte deutliche Schwachstellen im Sinne einer gelungenen Integration. Integration gelingt durch Teilhabe, Begegnung und Chancen – nicht durch Gängelung und Ausgrenzung. Wir brauchen eine pragmatische Integrationspolitik, die Menschen befähigt, Teil unserer Gesellschaft sein zu können.

ÖDP

Die Bezahlkarte ist hochproblematisch, sie schränkt die Selbstbestimmung massiv ein und ist bevormundend. Sie wirkt der Integration genauso entgegen wie die vielen bürokratischen Hürden, die zugewanderte Personen die Aufnahme von Erwerbsarbeit erschweren.

DIE LINKE

Wir lehnen die Bezahlkarte ab, sie ist ein Instrument der Diskriminierung. Ich will mich – solange es die Bezahlkarte gibt – für eine Dropout-Optionen der

Kommunen einsetzen und städtische Räume für den Kartentausch bereitstellen.
Grundsätzlich will ich sie jedoch vor allem abschaffen.

DIE PARTEI

Mit 1 von 5 Sternen.

RIBISL

Diskriminierend und sinnlos. Kartentausch hat sich übrigens zunächst im KfE* getroffen.

VOLT

Die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen ist bürokratisch und diskriminierend.
Deshalb lehnen wir sie ab.

ZUKUNFT

Die rechtlichen Grundlagen werden von Bund und Land vorgegeben. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns für eine pragmatische und faire Umsetzung ein. Entscheidend ist für uns, dass Integration, Teilhabe und ein selbstbestimmter Alltag nicht unnötig erschwert werden. Jeder hat die Möglichkeit auch Käufe zu tätigen, beispielsweise auf Kleinanzeigen, und sich im Sozialamt für diese Zwecke Bargeld auszahlen zu lassen.

8. Viele junge Menschen haben Probleme eine Wohnung zu finden und hohe Mieten drücken auf den Geldbeutel. Wie werden Sie sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzen?

CSU

Neubau ist das effektivste Mittel, um das Problem von Wohnraummangel und überhöhten Mieten in den Griff zu bekommen.

GRÜNE

Das Thema bezahlbarer Wohnraum ist gerade für junge Menschen in Regensburg ein riesiges Problem. Um es in den Griff zu bekommen, braucht es eine ganze Reihe von Maßnahmen:

Azubiwohnheim bauen: Die grüne Fraktion hat im Stadtrat erfolgreich beantragt, dass konkrete Planungen unternommen werden, damit wir endlich ein Azubiwohnheim bekommen. Das will ich weiter vorantreiben.

Wohnraumagentur schaffen: Ich möchte eine kommunale Wohnraumagentur nach Göttinger Vorbild schaffen, die Eigentümer*innen beim Umbau berät und fördert, wenn dadurch zusätzliche Wohnungen geschaffen werden, Baugemeinschaften für Wohnprojekte und Mehrgenerationenwohnen unterstützt und eine Plattform für "Wohnen gegen Hilfe" aufbaut (z.B. Azubis/Studis bei Senior*innen).

Stadtbau stärken und so auf kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau statt auf Spekulation setzen.

Wichtig ist mir außerdem, das Regensburger Baulandmodell wieder fit zu machen, ohne es zu verwässern.

SPD

Wohnen ist ein Grundrecht – kein Luxus. In Regensburg ist Wohnraum knapp und teuer geworden. Regensburg muss ein Regensburg für alle sein. Nur dann können wir uns gemeinsam stark in eine gute Zukunft entwickeln. Es darf nicht sein, dass sich nur bestimmte Personen das Wohnen in Regensburg leisten können. Eine funktionierende Stadtgesellschaft und ein gutes Sozialgefüge braucht Vielfalt.

Konkret bedeutet das:

- Wir stärken weiter die Stadtbau GmbH und bauen sie weiter aus – Wohnen ist kommunale Daseinsvorsorge.
- Wir schaffen und erhalten Sozialwohnungen und entwickeln das Regensburger Baulandmodell weiter, um auch bei nicht verfügbaren Fördermitteln preisgedämpften Wohnungsbau zu forcieren.
- Wir vergeben städtische Wohnbauflächen grundsätzlich in Erbpacht – einmal verkaufter Grund ist für immer verloren.
- Wir bekämpfen spekulativen Leerstand.
- Wir sorgen für eine schnellere Schaffung von Baurecht transparentere Strukturen in der Verwaltung, um neue Projekte zügig umzusetzen oder zu ermöglichen.

Die Stadtbau GmbH ist unser wichtigstes Werkzeug. Andere wollen sie schwächen – wir stärken sie.

ÖDP

Der Weg kann nur über Wohnprojekte, Genossenschaften und die Stadtbau gehen. Die Stadt muss hier selbst Akzente setzen. Der Anteil an Sozialwohnungen hat sich dramatisch verringert, da muss gegengesteuert werden.

DIE LINKE

Wohnraum soll nicht profitorientierten Bauhain und Konzernen überlassen werden. Es soll vor allem durch die öffentliche Hand und Genossenschaften gebaut

werden. Auch will ich versuchen, Leerstände besser zu nutzen, in Regensburg steht Wohnraum für mehrere hundert Menschen leer.

DIE PARTEI

Erstens werden im Frank-Tower genug Wohnungen entstehen können, wenn er nur hoch genug gebaut wird.

Und zweitens wird durch die Eingemeindung von Kareth und Lappersdorf zusätzlicher Innerstädtischer Wohnraum geschaffen.

RIBISL

Transparenz im Stadtrat. Änderung der Geschäftsordnung, so dass z.B. Vorkaufsrechte zum Thema werden. Unterstützung von gemeinnützig organisiertem Wohnungsbau und Bestandhaltung. B-Pläne und Sanierungssatzungen im Bestand. Städtische Stiftungen sollen besser mit der Stadtbau zusammenarbeiten und dem IZ keinen Baugrund mehr geben. Kein Verkauf von Immobilien seitens der evangelischen Wohltätigkeitsstiftung mehr! Leerstandssatzung konsequent anwenden. Mitwohnzentrale usw. städtische Förderung für Umbauten, wenn ein sozialer Mietpreis garantiert wird... usw.

VOLT

Wir bekämpfen Leerstand mit der konsequenten Anwendung der Zweckentfremdungssatzung. Daneben stärken wir den kommunalen Wohnungsbau und Wohnbaugenossenschaften, stehen zur 40 %-Quote im sozialen Wohnungsbau und setzen uns für die Verlängerung der Mietpreisbremse ein.

ZUKUNFT

Wohnungspolitik ist eines der wichtigsten kommunalen Handlungsfelder. Wir wollen städtische Flächen gezielt für bezahlbaren Wohnraum nutzen, den

kommunalen Wohnungsbau stärken und Wohnungsbaugenossenschaften stärker einbinden.

Besonders wichtig ist uns, wieder mehr familiengerechte Wohnungen mit vier und fünf Zimmern zu schaffen – zu Mieten, die auch für junge Familien und Beschäftigte leistbar sind. Am Beispiel des Areals am Bischofshof sehen wir große Chancen, über Erbbaurecht günstiger zu bauen und bezahlbaren Wohnraum in Regensburg zu sichern, ohne dass Familien an den Stadtrand oder ins Umland verdrängt werden.

9. Wie stehen Sie zur Forderung der DGB-Jugend nach einem Azubi-Wohnheim in Regensburg? Werden Sie sich aktiv für solche soziale Wohnprojekte einsetzen?

CSU

Der Ausschuss für Stadtplanung hat am 11.11.2025 einstimmig folgendes beschlossen: Die Stadt Regensburg unterstützt die Schaffung eines Wohnheims für Auszubildende im Stadtgebiet. Hierfür prüft die Verwaltung gemeinsam mit relevanten Akteuren und Akteurinnen, insbesondere dem DGB, der DGB-Jugend, der IHK, der HWK, der Stadtbau sowie möglichen Träger und Trägerinnen geeignete Möglichkeiten zur Umsetzung. Dem Stadtrat wird spätestens im Juli 2026 über die Ergebnisse der Prüfung berichtet.

GRÜNE

Das Azubi-Wohnheim ist für mich ein sehr wichtiges Projekt. Die grüne Fraktion hat im Stadtrat erfolgreich beantragt, dass konkrete Planungen unternommen werden, damit wir endlich ein Azubiwohnheim bekommen. Das will ich weiter vorantreiben, damit das Wohnheim zügig Wirklichkeit wird.

SPD

Ja, ich unterstütze diese Forderung ausdrücklich. In unserem Wahlprogramm steht klar: Wir fördern gezielt Wohnen für Auszubildende und wollen ein Azubi-Wohnheim realisieren. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum darf kein Hindernis für eine erfolgreiche Ausbildung sein.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir zeitnah die Weichen für ein erstes Azubi-Wohnheim in Regensburg stellen. Das ist nicht nur ein Gebot der Fairness – es ist auch im Interesse unserer Wirtschaft, die dringend Fachkräfte braucht.

Wir haben bereits in dieser Stadtratsperiode deutlich angeschoben; als Oberbürgermeister möchte ich dieses Thema zeitnah in Abstimmung mit Stadtbau, Unternehmen und Gewerkschaften zu einem konkreten Ergebnis führen.

ÖDP

Wie man aus den vorherigen Antworten schon herauslesen konnte, begrüße ich ein Azubiwohnheim sehr und werde auch das (genauso wie andere soziale Wohnprojekte) gerne unterstützen.

DIE LINKE

Ich begrüße das Azubi-Wohnheim sehr und unterstütze das Projekt bestmöglich. Wichtig ist: Es darf nicht dabei bleiben, dass ein Azubi-Wohnheim gebaut wird und sämtliche zukünftigen Azubis damit abgespeist werden. In diese Richtung muss bei Bedarf weiter gedacht werden. Ich werde mich aktiv für solche Projekte einsetzen.

DIE PARTEI

Die DGB Jugend darf sich aus meiner Sicht gerne ein Azubi Wohnheim bauen, wenn sie den Studenten in ihrer einzigen Phase in denen sie ihnen finanziell unterlegen sind aus dem Weg gehen wollen. Bei so einem großen ganzheitlichen Projekt werden mit Sicherheit auch Fehler passieren aus denen die Azubis dann für die Zukunft lernen können. Ich werde sicher zum Spatenstich vorbeikommen.

RIBISL

Ich habe den DGB auf das Thema Förderung und PLK aufmerksam gemacht. Ein Azubiwohnheim war zunächst auch am Boschmarkt geplant. Weitere Möglichkeit: Divisionshochhaus. Ja, was wollt Ihr hören? Natürlich setze ich mich für solche Projekte ein, mein Thema hierbei ist dann jedoch vor allem die Einbettung in das Viertel, mehr Grün außen herum und Handlungsspielräume für die Bewohner*innen.

VOLT

Der Bau von Azubi-Wohnheimen ist ein zentrales Thema im Kommunalwahlprogramm von Volt Regensburg.

ZUKUNFT

Ein Azubi-Wohnheim halten wir für dringend notwendig. Für viele Auszubildende ist der Wohnungsmarkt die größte Hürde, überhaupt eine Ausbildung in Regensburg aufnehmen zu können. Wir wollen deshalb aktiv prüfen, wo städtische Grundstücke für ein Azubi-Wohnheim genutzt werden können und entsprechende Projekte politisch vorantreiben.

Für uns ist klar: Ein Azubi-Wohnheim sollte gemeinsam mit Unternehmen, Kammern, der Wirtschaft und der Stadt realisiert werden. So können Ausbildung, Fachkräftesicherung und bezahlbares Wohnen sinnvoll miteinander verbunden werden.

10. Es ist wichtig Armut wirksam zu bekämpfen. Was wollen Sie hierzu unternehmen?

CSU

Ich habe veranlasst, dass obdachlose Familien in der städtischen Notwohnanlage Aussiger Straße von Sozialarbeiterinnen dabei unterstützt werden, wieder in ein eigenes Mietverhältnis zu kommen. Das Projekt „Neustart Wohnen“, das Teil des Obdachlosenkonzpts ist, läuft sehr erfolgreich an. Die Mittel für Hilfen von Obdachlosen wurden spürbar erhöht. Mein Sozialreferat verausgabt derzeit knapp 2 Millionen Euro pro Jahr für die Betreuung und Unterbringung von Obdachlosen. Wir haben die Mittel für den Allgemeinen Sozialdienst der Stadt Regensburg, für die Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und für Projekte Freier Träger erheblich ausgeweitet. Ebenso wurden im Jahr 2024 die Mittel für die Streetwork nahezu verdoppelt. Ich habe dem Stadtrat im Juni 2025 vorgeschlagen, die Armutsberichterstattung für drei Jahre bis 2028 zu vertiefen und fortzuführen und ich freue mich, dass der Stadtrat dem zugestimmt hat. Dafür habe ich aus meinem Referatsbudget 300.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse des Berichts sollen vertieft und in konkrete Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden. Die 44 Handlungsempfehlungen aus dem bestehenden Armutsbericht werden derzeit analysiert und bearbeitet.

GRÜNE

Ich will, dass alle Menschen in unserer Stadt mit Würde leben können – unabhängig vom Geldbeutel. Dafür verfolge ich diese konkreten Maßnahmen:

Armutsbericht umsetzen: Wir müssen die Empfehlungen aus dem Armutsbericht konsequent umsetzen und dafür sorgen, dass es regelmäßig neue Berichte gibt. Der Prozess soll von einem Armutsbeirat begleitet werden – unter Mitwirkung von selbst betroffenen Menschen.

Stadtpass ausbauen: Der Stadtpass bietet Menschen mit geringem oder keinem Einkommen Zugang zu Mobilität, Kultur und Sport. Wir wollen ihn weiter

ausbauen: ÖPNV soll damit langfristig kostenfrei nutzbar sein, Museumsangebote ebenfalls. Auch Sportvereine binden wir stärker ein.

Soziale Einrichtungen dauerhaft fördern: Statt jährlich neu über Förderungen zu verhandeln, bin ich für mehrjährige Verträge mit sozialen Trägern.

Einsamkeit entgegenwirken: Durch Quartierszentren, wo man sich treffen kann und wo Raum für Angebote wie den SOFA-Frühstückstreff der Sozialen Initiativen ist.

Housing First: Nach dem „Housing-First“-Konzept sollen wohnungslose Menschen schnell eine eigene Wohnung erhalten, ohne Vorbedingungen.

Viele Menschen nehmen Hilfen und Zuschüsse nicht in Anspruch, weil sie sie nicht kennen oder weil sie sich ihrer Armut schämen. Die Informationen müssen noch besser bekannt gemacht werden, auch dezentral, wo die Menschen wohnen. Außerdem ist mir ein wertschätzender Umgang mit Leistungsempfänger*innen wichtig, denn wenig Geld zu haben ist nichts, wofür man sich schämen muss.

SPD

Armut ist in einer prosperierenden Stadt wie Regensburg eine Schande. Wir machen den zweiten Regensburger Armutsbericht zur Grundlage im Kampf gegen Armut. Dabei stehen für uns besonders Maßnahmen gegen Alters- und Kinderarmut im Mittelpunkt.

Konkret bedeutet das:

- Wir setzen den Stadtpass fort und verfolgen mögliche Erweiterungen – für noch mehr Zugang zu Mobilität, Kultur und Sport.
- Wir treiben die Erstellung eines umfassenden Obdachlosen- und Notwohnkonzepts voran und orientieren uns an den unterschiedlichen Bedürfnissen Betroffener.
- Wir unterstützen die Suchthilfe, z.B. durch aufsuchende Maßnahmen mit Streetworkern.

- Wir setzen uns dafür ein, dass auch Menschen in schwierigen persönlichen Verhältnissen eine Chance auf dem Wohnungsmarkt erhalten.

In Regensburg tragen wir als Stadtpolitik und Stadtgesellschaft die Verantwortung dafür, dass Menschen nicht abgehängt werden. „Ein Regensburg für alle“ darf keine Worthülse sein.

ÖDP

Der von der ÖDP vor über 10 Jahren mitinitiierte Stadtpass ist hier ein sehr sinnvoller erster Schritt gewesen. Dieser hat sich gut etabliert und kann weiterentwickelt werden. Im Bildungsbereich fallen mir die Gebühren der Sing- und Musikschule ein: diese Angebote sollen niederschwellig und kostengünstig allen Kindern zur Verfügung stehen. Derzeit sind Kinder, die keine Ganztagschule besuchen, von einigen kostenfreien Angeboten ausgenommen. Kulturelle Teilhabe und Mobilität sind zentrale Punkte, die von Armut betroffene Personen wenig zur Verfügung stehen. Besonders beschäftigt mich hier auch die Kinder- und Altersarmut. Menschen zu Beginn und am Ende ihres Lebens brauchen besonderen Schutz und im Besonderen unsere Unterstützung.

DIE LINKE

Ich arbeite jeden Tag mit armutsbetroffenen Menschen, mir liegt das Thema sehr am Herzen. Auf kommunaler Ebene will ich Orte für alle schaffen, in denen Menschen nichts kaufen müssen, um da sein zu können. In den Stadtteilen soll mithilfe aufsuchender Sozialarbeit und kommunaler Clearingstellen Regensburger*innen dabei geholfen werden, die Leistungen, die ihnen zustehen, einzuholen. Das Stadtpass-Angebot will ich ausweiten und dafür sorgen, dass alle den Stadtpass erhalten, die ihn auch beantragen könnten. Langfristig soll der ÖPNV in Regensburg wo möglich kostenlos sein. Durch die gezielte Ansiedlung von Firmen, die tarifgebunden sind und fair entlohnen, will ich vermeiden, dass Arbeit in die Armut führt. Im Wohnungsmarkt muss die grenzenlose Privatisierung gestoppt werden. Es darf kein Ausverkauf von städtischem Grund an gierige Investoren stattfinden und Wohnraum muss langfristig in die öffentliche Hand oder genossenschaftlich organisiert sein.

Alle linken Stadträt*innen werden – wie unsere Partei jetzt schon – Sozialsprechstunden anbieten. Wir werden einen Sozialfonds gründen, mit dem wir Menschen in Notlagen direkt helfen. Sollte ich Oberbürgermeister oder Bürgermeister werden, werde ich einen Großteil des Gehalts spenden, als Stadtrat werde ich ebenfalls einen Großteil der Entschädigung für soziale Zwecke wie den Sozialfonds spenden.

DIE PARTEI

Ich werde dafür sorgen, dass jeder 1€ mehr bekommt als er braucht.

RIBISL

Ich setze auf selbstbestimmtes Engagement, Kultur für ein gemischtes Publikum, Begegnungsräume und zivilgesellschaftliche Hilfsangebote: Professionelle Beratung soll genau hier andocken.

VOLT

Wir bieten für Betroffene kostenlose Kita- und Hortplätze, Lernmittelfonds sowie Beratungsangebote zu Sozialleistungen und Schulden an. Daneben stärken wir Initiativen wie Tafel, KISS oder Campus Asyl und evaluieren das Housing First-Konzept in Regensburg.

ZUKUNFT

Viele finanzielle Leistungen werden durch Bund und Land geregelt. Auf kommunaler Ebene setzen wir auf gut erreichbare Beratungsangebote, eine enge Vernetzung sozialer Träger und quartiersbezogene Unterstützung, damit Hilfe schnell und unbürokratisch bei den Menschen ankommt. Die Vermittlung von Wohnraum ist hier auch eine wichtige Aufgabe, wo die Stadt tätig werden muss.

11. Die Mobilität der Zukunft muss sozial gerecht und ökologisch nachhaltig gestaltet sein. Werden Sie sich für den Ausbau von Rad-, Fußwegen und dem ÖPNV engagieren? Und wie konkret?

CSU

Zu den verkehrspolitischen Zielen der CSU darf ich auf das Wahlprogramm verweisen: https://astrid-freudenstein.de/wp-content/uploads/2025/11/CSU_Regensburg_26_Wahlprogramm_WEB.pdf

GRÜNE

Sowohl aus sozialen als auch aus ökologischen Gründen ist es für mich sehr wichtig, den Rad- und Fußverkehr und den ÖPNV zu fördern. Mit folgenden Maßnahmen:

1. **Radverkehr:** Ich Sorge für mehr Tempo beim Ausbau der Hauptradrouten. Außerdem will ich den Holzgartensteg als neue Fuß- und Radbrücke vom Maria-Beer-Platz zum Grieser Spitz umsetzen und ein Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof planen. Radwege sollten im Winter prioritär geräumt werden.
2. **Fußverkehr:** Breitere und barrierefreie Gehwege mit mehr Schatten. Sichere Schulwege durch übersichtlichere Kreuzungen und mehr Tempo-30-Zonen.
3. **ÖPNV:** Das Ziel ist ein 10-Minuten-Takt in Hauptverkehrszeiten. Alle Stadtteile sollen gut mit dem Bus angebunden werden. Mittelfristig strebe ich eine S-Bahn auf den Schienen der Deutschen Bahn an. In der Stadt brauchen wir leistungsfähigere Busse mit größeren Fahrzeugen, eigenen Spuren, einer grünen Welle und barrierefreien Haltestellen. Park&Ride-Angebote am Stadtrand mit schneller ÖPNV-Anbindung halten Autos aus der Innenstadt fern.

SPD

Ja, absolut. Unser Ziel ist eine klimaneutrale Mobilität in Regensburg bis 2035. Mobilität ist für uns Daseinsvorsorge – alle Menschen sollen sich sicher, bequem und bezahlbar fortbewegen können.

Konkret beim ÖPNV:

- Wir bauen den ÖPNV weiter aus mit starken Stammstrecken in einem höherwertigen System mit emissionsfreien Fahrzeugen.
- Wir sorgen für verlässliche Taktzeiten und optimierte Umsteigemöglichkeiten.
- Wir erweitern Querverbindungen zwischen Stadtteilen und stärken den Übergangsverkehr in den Landkreis.
- Wir sorgen für ein bedarfsgerechtes Nachtbusangebot, auch an Feiertagen.
- Wir treiben die Bahnhaltepunkte Walhallastraße und Wutzlhofen im Rahmen des S-Bahn-ähnlichen Verkehrs voran.
- Wir setzen auf faire, einfache Tarife für alle Nutzerinnen und Nutzer.
- Wir unterstützen junge Menschen beim Einstieg in Ausbildung und Beruf durch ein gut nutzbares Jobticket und verbesserte ÖPNV-Verbindungen für Schichtzeiten.

Beim Radverkehr:

- Wir bauen das Hauptradrouthenetz zügig mit Fahrradstraßen und breiteren Radwegen – auch für Lastenräder – aus.
- Wir optimieren Ampelschaltungen und schaffen eine sichere Trennung von Bus- und Radverkehr.
- Wir sorgen für durchgehende, farblich markierte Radwege.
- Wir erweitern kostenlose Fahrradstellplätze und errichten Fahrradparkhäuser beziehungsweise hochwertige Stellplätze im gesamten Stadtgebiet.

Beim Fußverkehr:

- Bei jeder Straßensanierung ordnen wir den Verkehrsraum zugunsten von Fuß-, Rad- und ÖPNV-Verkehr neu.
- Wir führen Tempo-30-Zonen ein, wo dies die Sicherheit erhöht. Außerdem setzen wir uns im Städtetag dafür ein, dass wir als Kommunen endlich mehr

Entscheidungsbefugnis bei der Ausweisung von Tempo-30-Zonen bekommen.

- Fußgängerbereiche in der Altstadt werden erweitert und baulich ausgebaut.

Die Verkehrswende ist keine Frage der Ideologie – sie ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

ÖDP

Das ist eine Kernforderung der ÖDP und dafür setze ich mich auch schon seit 2009 im Stadtrat aktiv ein. Wir waren maßgeblich am Radentscheid mit 13.000 Unterschriften beteiligt, forderten vehement die Stadtbahn als Verkehrsmittel der Zukunft, die Umsetzung des Hauptradroutennetzes... dieses sollte übrigens so schnell wie möglich dort umgesetzt werden, wo wenig bauliche Veränderungen vorgenommen werden, auch, wenn es dann noch einiger Lückenschlüsse bedarf.

DIE LINKE

Ich will die Umsetzung bereits geplanter Maßnahmen wie dem Hauptradroutennetz nachverfolgen und wo möglich beschleunigen. Langfristig wird der Regensburger ÖPNV in meinen Augen auch nicht ohne ein Straßenbahnsystem auskommen, da es schlicht effizienter und umweltschonender ist. Dafür werde ich mich einsetzen und die Idee einer Straßenbahn in Regensburg vorantreiben. Das Busystem soll in Regensburg vor allem um Tangentiallinien, also Linien, die nicht über das Stadtzentrum fahren, und Expresslinien ergänzt werden, die zu Stoßzeiten den ÖPNV unterstützen.

Fußgängerzonen kann ich mir auch in den Stadtteilen außerhalb der Altstadt vorstellen. Warum sollte es nicht in den Stadtteilen „Kerne“ geben, in denen man wunderbar spazieren und sich aufhalten kann. Ergänzt um Tempo 30 in der Gesamtstadt, was auch dem Radverkehr zu Gute kommt, können sich Fußgänger*innen so wohl fühlen. Anstatt von Autobrücken wollen wir als Linke außerdem den Ausbau von Fahrradbrücken vorantreiben, z. B. zwischen Uni/OTH und der Innenstadt. Das Lastenradsharing soll des Weiteren deutlich ausgebaut werden und (überdachte) Fahrradstellplätze gehören zu ÖPNV-Haltestellen dazu.

DIE PARTEI

Mobilität ist brutal wichtig, deshalb sind wir ja für die Sallerner Regenbrücke, 4-spurig in der Nordgaustraße und Sandgasse, sowie für den Autoverkehr freigegebene Steinerne und Holzgartensteg. Das Wiedererlauben des Parkens auf Dom-, Haid- und Neupfarrplatz schließt dann das Gesamtprojekt Schwammstadt ab.

Für den Radverkehr schlagen wir überdachte Wege mit PV-Anlagen vor um trocken am Ziel anzukommen und um im Winter aufs Räumen verzichten zu können.

RIBISL

Ja, werde ich! Meine bisherigen Versuche die Radinfrastruktur voranzubringen sind dokumentiert. Kurz zusammengefasst: Die Stadt sichert sich im Hafengebiet entgegen entsprechender Beschlüsse keine Grundstücke, die dann an den Bayernhafen gehen. Die Stadt setzt ihre Interessen gegenüber dem Bayernhafen nicht durch. Die Stadt meldet ihre Interessen gegenüber der Bahn nicht an. Als Stadtrat kommt man hier nicht weiter. Es fällt der Stadt schon schwer über ihre eigenen Grundstücksgrenzen hinweg zu planen. Ich setze mich für eine Verbesserung von Radinfrastruktur in der Breite ein und dafür, dass schöne Wege abseits der Autopest erschlossen werden. Sog. Leuchtturmprojekte sind nicht so meins.

Mit dem Modellprojekt "Radklusion" untersucht das DIfU im Entwicklungsgebiet Innerer Osten, wie das Radfahren vor allem für ärmere Bevölkerungsgruppen attraktiver gemacht werden kann. Das finde ich interessant.

ÖPNV ist ziemlich teuer, sollte aber kostenlos sein. In einem ersten Schritt soll der RVV es endlich unterlassen Schwarzfahren nicht nur mit einem erhöhten Beförderungsentgelt zu belegen, sondern auch anzuzeigen. Bei armen Menschen werden diese Anzeigen nicht fallengelassen. Nicht wenige kommen für Schwarzfahren in den Knast.

VOLT

Wir forcieren den Ausbau des Hauptradroutennetzes und von Radschnellwegen, sorgen für breitere und sichere Rad- und Fußwege und fördern das E-Bike-Sharing.

Daneben setzen wir uns für die Erweiterung des (elektrischen) ÖPNV-Netzes ein und stoßen die Planung der Stadtbahn wieder an.

ZUKUNFT

Hier sehen wir große kommunale Verantwortung. Wir setzen uns für einen bezahlbaren und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr, sichere und durchgängige Rad- und Fußwege sowie eine bessere Verknüpfung der Verkehrsmittel ein. Ziel ist eine Mobilität, die klimafreundlich ist und gleichzeitig für Auszubildende, Studierende und Beschäftigte im Alltag bezahlbar und praktikabel bleibt. Wir fordern einen täglichen Nachtbus damit jeder, ob im Schichtbetrieb oder beim Feiern sicher nach Hause kommt.

Kontakt:

DGB-Jugend Oberpfalz
Martin Oswald
Richard-Wagner-Str. 2
93055 Regensburg
martin.oswald@dgb.de